

Verordnung über das Anbringen von Anschlägen und die Darstellung durch Bildwerfer in der Öffentlichkeit in der Gemeinde Prutting (Plakatierungsverordnung)

vom 04.12.2024

Die Gemeinde Prutting erlässt aufgrund des Art. 28 Abs. 1 des Gesetzes über das Landesstrafrecht und das Verordnungsrecht auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (LStVG) in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses geltende Fassung folgende

Plakatierungsverordnung

§ 1 Beschränkungen von Anschlägen und Darstellungen durch Bildwerfer

- (1) ¹Zum Schutz des Orts- und Landschaftsbildes und zum Schutze von Natur-, Kunst- und Kulturdenkmälern dürfen im Gemeindegebiet Prutting Anschläge, insbesondere Plakate, Zettel, Schriften und Tafeln nur an den von der Gemeinde Prutting zugelassenen Standorten und Flächen angebracht werden. ²§ 2 bleibt unberührt.
- (2) Darstellungen durch Bildwerfer dürfen in der Öffentlichkeit nur nach vorheriger Genehmigung durch die Gemeinde Prutting vorgeführt werden.
- (3) Öffentlich sind insbesondere Anschläge, die im öffentlichen Verkehrsraum angebracht sind oder die vom öffentlichen Verkehrsraum aus wahrgenommen werden können.
- (4) Abs. 1 findet keine Anwendung auf ortsfeste Anlagen der Wirtschaftswerbung (Werbeanlagen) im Sinne des Art. 2 Abs. 1 Satz 2 der Bayerischen Bauordnung (BayBO)
- (5) Nachfolgende Anschläge fallen nicht unter diese Verordnung:
 - a) Anschläge öffentlich-rechtlicher Religionsgemeinschaften und anderer Vereinigungen, die als gemeinnützig anerkannte Zwecke im Sinne von § 52 Abgabenordnung verfolgen, fallen nicht unter diese Verordnung, wenn sie an den hierfür bestimmten Anlagen (Anschlagstafeln) an ihren eigenen Gebäuden und Grundstücken sowie ihrer sonstigen Versammlungsräume angebracht sind.
 - b) Anschläge und Bekanntmachungen von ortsansässigen Vereinen, sowie Vereinen aus Nachbargemeinden, welche nach ihrem erkennbaren Zweck (z. B. Veranstaltung) nur vorrübergehend für höchstens drei Monate angebracht / aufgestellt werden

§ 2 Wahlen, Abstimmungen und politische Veranstaltungen

(1) Vor Wahlen, Volks- und Bürgerbegehren, Volks- und Bürgerentscheiden dürfen politische Parteien, Wählergruppen, Kandidaten sowie Antragsteller von Volks- und Bürgerbegehren bis zu sechs Wochen vor der Wahl Plakate auch außerhalb der in § 1 Abs. 1 dieser Verordnung genannten Stellen, unter Beachtung von § 3, mit folgender Maßgabe anbringen:

Plakate dürfen an folgenden von der Gemeinde Prutting aufgestellten Plakatwänden angebracht werden:

- a. Alte Landstraße bei Einmündung Forststraße
- b. Halfinger Straße / Kirchstraße gegenüber Ü 60 Wohnen
- c. Haidbichl
- d. Niedernburg

²Auf die Lagepläne (Anlagen 1-3) wird verwiesen. ³Daraus ist der genaue Standort der Tafeln zu entnehmen. ⁴Das Anbringen von Anschlägen für diese Ereignisse an den vorgenannten Plakattafeln ist auf den jeweiligen zugeteilten Bereichen gestattet. ⁵ Die maximale Größe des einzelnen Plakates ist auf DIN A 1 beschränkt.

(2) ¹Eine Woche nach dem Tag der Wahl werden die aufgestellten Plakatwände von der Gemeinde Prutting abgebaut. Parteien, politische Vereinigungen, Wählergruppen oder Kandidaten haben ihre Anschläge innerhalb dieser Woche abzunehmen.

§ 3 Ausnahmen

- (1) Die Gemeinde Prutting kann anlässlich besonderer Ereignisse im Einzelfall auf Antrag Ausnahmen von den Vorschriften des § 2 dieser Verordnung gestatten, wenn dadurch das Orts- und Landschaftsbild oder ein Natur-, Kunst- oder Kulturdenkmal nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt wird und Gewähr besteht, dass die Anschläge innerhalb einer festgesetzten Frist beseitigt werden.
- (2) Auf Anschlägen ist der für Inhalt und Aufstellung Verantwortliche zu benennen.
- (3) Anschläge von Zirkussen und Kleintheatern für ihre Aufführungen im Gemeindegebiet dürfen an privaten Einfriedungen, Geländern oder Mauern frühestens zwei Wochen vor der Veranstaltung angebraucht werden.

§ 4 Vorschriften

Die Vorschriften der Straßenverkehrsordnung, des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes und des Bundesfernstraßengesetzes bleiben unberührt.

§ 5 Beseitigung und Ersatzvornahme

¹Sind Plakate, Plakatständer oder -tafeln unter Nichtbeachtung der Vorschriften dieser Verordnung angebracht oder aufgestellt, sind der Plakatierer und der Verantwortliche als Gesamtschuldner zur Beseitigung verpflichtet. ²Kommt der Verantwortliche seiner Pflicht zur Beseitigung nicht unverzüglich nach, werden die Plakate durch die Gemeinde Prutting beseitigt. ³Die Kosten werden dem Verantwortlichen auferlegt.

§ 6 Ordnungswidrigkeiten

Nach § 28 Abs. 2 LStVG kann mit Geldbuße belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

- 1. entgegen der § 1 Abs. 1 Satz 1 ohne eine Ausnahmegenehmigung nach § 3 öffentliche Anschläge anbringt,
- 2. entgegen § 1 Abs. 2 ohne Genehmigung öffentliche Bilddarstellungen vorführt,
- 3. entgegen den Maßgaben in § 2 Abs. 1 Plakate anbringt
- 4. entgegen § 3 Abs. 3 Anschläge anbringt.

§ 7 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt zum 01.01.2025 in Kraft. Sie gilt 20 Jahre.

Prutting, 04.12.2024

Erster Bürgermeister



Kein amtlicher Lageplan, nur für dienstliche Zwecke. Zur Maßentnahme nur bedingt geeignet! ©Daten: LDBV

FINEAGE 2



